

# BESCHLUSS

---

des Präsidiums der FDP, Berlin, 24. Oktober 2005

---

**Das Präsidium der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 24. Oktober 2005 beschlossen:**

## **Mehr Finanztransparenz in der Europäischen Union**

Der Streit über die Einkünfte und Ausgaben der EU für die Zeit bis 2013 (finanzielle Vorausschau) und auch die Ablehnung der Europäischen Verfassung durch Franzosen und Niederländer machen deutlich, daß die Akzeptanz der EU bei den Bürgern in einer Krise steckt. Eine Ursache ist die Intransparenz bei Aufgaben und Ausgaben. Angesichts der desolaten Situation der öffentlichen Haushalte wächst die Skepsis gegenüber der EU. Wichtig ist daher mehr Transparenz bei Aufgaben und Ausgaben der EU.

Die FDP fordert:

1. Bei dem Treffen der EU-Regierungschefs an diesem Donnerstag darf Gerhard Schröder als deutscher Vertreter bei den anstehenden Finanzverhandlungen nicht von der vom Bundestag vorgegebenen Begrenzung des deutschen Beitrags abweichen. Maximal ein Prozent des EU-BIP (als so genannte Verpflichtungsermächtigung) bleibt die Vorgabe für Gerhard Schröder. Er hat als abgewählter Kanzler kein Verhandlungsmandat für zukünftige Verpflichtungen Deutschlands. Umschichten statt Aufstocken muß das Prinzip bei den Finanzverhandlungen sein.
2. Es darf keine Doppelzuständigkeiten der EU einerseits und der Mitgliedstaaten andererseits für gleiche Aufgaben z.B. in der Sozialpolitik, bei Umwelt- und Verbraucherschutz und in der Entwicklungshilfe geben. Die Bürger haben ein Recht auf klare Zuständigkeiten - auch bei der Finanzierung. Es ist nicht nachvollziehbar, daß einerseits Deutschland und andererseits auch die EU gleiche Aufgaben ausführen, die jeweils vom deutschen Steuerzahler finanziert werden. Klare Abgrenzungen nach dem Prinzip der Subsidiarität schaffen hier mehr Vertrauen. Das heißt: die Wahrnehmung der Aufgaben so bürgernah wie möglich.
3. Die FDP lehnt eine eigene EU-Steuer ab. Die Erhebung von Steuern ist Sache der Mitgliedstaaten. Dabei muß es bleiben.
4. Es muß geprüft werden, ob die Empfänger von Subventionen der EU und deren jeweilige Höhe generell veröffentlicht werden. Wie bereits in Großbritannien, Dänemark, Estland und in den Niederlanden (hier nur Agrarsubventionen) muß auch in Deutschland geprüft werden, ob und in welchem Umfang die Steuerzahler darüber informiert werden können, wer in welcher Höhe Subventionen bekommt.

5. Die Finanzierung der EU ist bisher nicht transparent. Das Präsidium bittet die Europaabgeordneten der FDP und die zuständigen Gremien der Partei, Vorschläge über die Finanzierung Europas vorzulegen.
6. Der Deutsche Bundestag soll sich einmal im Jahr mit dem Bericht des Europäischen Rechnungshofes über die Verwendung der Mittel der EU befassen.